

Protokoll über die Hybrid-Sitzung des Bau- und Grundeigentumsausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 29.04.2021
Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 19:05 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzender

Beigeordneter Harald Schliestedt

stellvertreter Vorsitzender

Beigeordneter Wolfgang Wiek

Mitglied

Beigeordneter Andreas Behrens

Ratsherr Guido Franke (Zoom)

Beigeordneter Werner Neumann (Zoom)

Ratsherr Reinmund Piepho

Ratsherr Dr. Thomas Stadler (Zoom)

Ortsratsmitglied

Ratsherr Jörg Sachs (Zoom)

Von der Verwaltung:

Bernd Beushausen

Mario Stellmacher

Heiko Schrader (Zoom)

Gerrit Engelke

Christoph Kriegel

Constantin Zimmermann

Frank Schwarzwälder

Stefanie Schaper

Marcus Pistorius (Zoom)

Kristin Goy (Protokollführerin)

Ing.-Büro Energydesign, Braunschweig

Herr Schlosser (Zoom)

Herr Bremer (Zoom)

Öffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Bau- und Grundeigentumsausschusses am 04.11.2020 und 07.12.2020**

Die Protokolle vom 04.11.2020 und 07.12.2020 werden einstimmig genehmigt.

2. **Maßnahmenliste Baudezernat - a) Hochbauamt (siehe Anlage) Vorlage: 492/XVIII**

Herr Dr. Stadler fragt nach, ob die Förderung für die Maßnahme in Föhrste geklappt habe. Hierzu berichtet Herr Engelke, dass die Frist verlängert wurde. Derzeit werde der Verwendungsnachweis bearbeitet. Die Kosten wurden bisher soweit auch eingehalten.

Herr Franke stellt den Antrag, die Vergabe H030/2021 „Sanierung Sport- und Freizeitzentrum“ von der Liste zu nehmen und einzeln abzustimmen. Aufgrund der fehlenden Informationen bittet Herr Franke die Vergabe H032/2021 „Neubau Lager und Abstellbereich GS Bürgerschule“ zu streichen.

Verwaltungsseitig sei eine separate Abstimmung kein Problem, teilt Herr Stellmacher mit. Zum Punkt Bürgerschule habe die Verwaltung keine andere Wahl, wie es anschließend auch im VA dargestellt werde. Es gebe hierzu einen sehr kurzfristigen Förderbescheid (65%), die Bedingungen hierzu seien allerdings kaum einhaltbar.

Herr Schliestedt sieht den Punkt bezüglich der Bürgerschule ebenfalls als unglücklich an. Die weitere Behandlung werde im VA weiter besprochen. Auch er sehe kein Problem über die getrennte Abstimmung.

Herr Dr. Stadler bittet ebenfalls den Punkt der Bürgerschule aus der Abstimmung herauszunehmen.

Abschließend erläutert Herr Stellmacher die Gründe, warum der Punkt Bürgerschule auf der Liste verbleiben sollte und verweist auf die anschließende Beratung im VA.

Beschlussvorschlag für den Bau- und Grundeigentumsausschuss:

„Der Ausführung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird zugestimmt.“

- H030/2021 mehrheitlich mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme beschlossen
- Restliche Maßnahmenliste (außer H030/2021) einstimmig beschlossen

3. **Neubau Feuerwehrgebäude Eimsen – Vorstellung Energiekonzept; mdl. Bericht**

Im Vorfeld geht Herr Stellmacher auf das geänderte Verfahren ein. Heute werde noch ein Energiekonzept durch das beauftragte und spezialisierte Ingenieurbüro ernitydesign, Braunschweig, vorgestellt. Über dessen Variantenbetrachtung könne dann in den Fraktionen beraten und im nächsten Ausschuss eine der vorgestellten Varianten beschlossen werden.

Der Anfrage von Herrn Behrens, ob die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, wird durch Herrn Stellmacher zugestimmt.

Herr Schlosser vom Ingenieurbüro stellt anhand einer Präsentation ausführlich das Energiekonzept vor. Für dieses Konzept wurden drei mögliche Varianten miteinander verglichen. Dabei handelt es sich um folgende Varianten:

- Variante 1: Brennwertkessel (Erdgas) + Solarthermieanlage
- Variante 2: Luft-Wasser-Wärmepumpe und 5 kWp Photovoltaikanlage
- Variante 3: Sole-Wasser-Wärmepumpe mit Flächenkollektor (FK) und 5 kWp Photovoltaikanlage

Herr Schlosser empfiehlt die Variante 2.

Weiterhin informiert Herr Schlosser über Fördermöglichkeiten und weist darauf hin, dass sich die Bundesförderprogramme generell zum 01.07.2021 ändern.

Herr Schliestedt erkundigt sich nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Anteil der Solarthermieenergie für die Variante 1. Darauf antwortet Herr Schlosser, dass es mindestens 25 % sein müssten und der Gesetzgeber hier konkrete Vorgaben vorschreibe.

Herr Behrens regt an, eine Industriefußbodenheizung bei den Planungen zu berücksichtigen. Daraufhin teilt Herr Engelke mit, dass die Planungen derzeit noch nicht soweit seien. Bisher sei in der Fahrzeughalle lediglich ein Boden mit Betonpflaster angedacht.

Auf die Verständnisfrage von Herrn Wiek, ob die Variante 3 nicht in Frage käme, stimmt Herr Schlosser diesem zu.

Herr Schliestedt fragt nach den sämtlichen Kosten für den Einbau des Fußbodens. Hierzu teilt Herr Schlosser mit, dass das sogenannte „Sowieso“ Kosten seien und hier nicht berücksichtigt wurden. Herr Engelke fügt noch hinzu, dass der Fußboden auf eine Ebene gebracht werde.

Herr Dr. Stadler erkundigt sich nach einer Optimierung mit einem zusätzlichen Speicher (Puffer) und wie damit die Erfahrungen seien. Herr Schlosser erwidert darauf, dass das Warmwasser durch stationäre Durchlauferhitzer erzeugt werde und so wirtschaftlicher ist.

Abschließend plädiert Herr Dr. Stadler auf die Möglichkeit einer größeren PV-Anlage. Auch Herr Schlosser spricht seine Empfehlung hierzu aus.

4. Maßnahmenliste Baudezernat - b) Tiefbauamt, Stadtentwässerungsamt, Kläranlage (siehe Anlage)
Vorlage: 488/XVIII

Beschlussvorschlag für den Bau- und Grundeigentumsausschuss:

„Der Ausführung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird zugestimmt.“

- e i n s t i m m i g -

5. Maßnahmenliste Baudezernat - c) Baubetriebshof (siehe Anlage)
Vorlage: 489/XVIII

Auf die Anfrage von Herrn Schliestedt in Bezug auf die Höhe der Anschaffungskosten der Pritschenwagen informiert Herr Zimmermann, dass die Kosten bisher bei ca. 38.000,- bis 45.000,- € lagen. Die nun zu ersetzenden Pritschenwagen haben u.a. Sonderfunktionen wie z.B. eine Kippfunktion. Herr Schliestedt erkundigt sich, ob die Sonderfunktionen erforderlich seien. Dieses wird von Herrn Zimmermann aufgrund der dadurch zu gewinnenden Zeitersparnis bejaht.

Des Weiteren werden durch die Neuanschaffungen zwei ältere Pritschenwagen (3,5 To. und 5 To.) ersetzt.

Herr Stellmacher fügt noch hinzu, dass die Anschaffung solcher Fahrzeuge auch eine Verbesserung im Gesundheitsschutz sei und plädiert daher zu einer solchen Anschaffung.

Beschlussvorschlag für den Bau- und Grundeigentumsausschuss:

„Der Ausführung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird zugestimmt.“

- e i n s t i m m i g -

6. Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Stadtrat Alfeld (Leine) zum Thema Winterdienst (Siehe Anlage)

Herr Dr. Stadler stellt den Antrag der CDU/FDP-Gruppe kurz vor. Bei dem diesjährigen Winter einbruch handelte es sich um ein spezielles Ereignis mit Ansage. In dem Antrag wurden diverse Punkte angesprochen und Lösungsansätze vorgeschlagen. Die angegebenen Fragen sollten aus seiner Sicht auch beantwortet werden. Herr Dr. Stadler hätte sich die Beantwortung in schriftlicher Form gewünscht.

Hierzu führt Herr Stellmacher aus, dass der Antrag der CDU/FDP-Gruppe bereits auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Es wurde keine Vorlage erstellt, weil bereits im Vorfeld während des Ereignisses ausreichend Schriftverkehr dazu erfolgt sei. Weiterhin wurde im Ortsrat Förhrste verwaltungsseitig Rede und Antwort zu den Ereignissen gestanden.

Auf Wetterereignisse dieser besonderen Art und Güte (in diesem Fall Schnee und starke Winde) könne sich die Verwaltung nicht einstellen. Sollte der Wunsch bestehen, auch für solche Ereignisse immer ausreichend Personal und Fahrzeuge vorzuhalten, stünde dies allerdings in keinem Verhältnis.

Weiterhin spricht Herr Stellmacher seinen Stolz auf jeden Mitarbeiter in dieser Zeit aus. In Alfeld seien keine Menschen zu gesundheitlichen Schäden gekommen. Außerdem gäbe es in Alfeld keine Fälle, wo der Rettungsdienst nicht seinen Einsatzort anfahren konnte. Für besondere Bereiche, wie z.B. in Bushaltestellen, wurden zusätzlich Firmen beauftragt.

Den Vorschlag von Herrn Dr. Stadler, die Räumspflicht auf eine Gehwegseite zu beschränken, halte Herr Stellmacher auch aufgrund der dann anfallenden Diskussionen der Bürgerinnen und Bürger für bedenklich.

Weiterhin wurde der Vorschlag von Herrn Dr. Stadler, zusätzlich (die) Landwirte zu beauftragen, mit dem KSA abgesprochen. Die Landwirte seien über den KSA nicht haftpflichtversichert. Somit müssten die Landwirte eine Haftpflichtversicherung eigenständig abschließen.

Daher spricht sich Herr Stellmacher dafür aus, dass bisherige Modell des Winterdienstes weiterhin beizubehalten.

Herr Schliestedt habe selten solche Schneefälle in so kurzer Zeit erlebt. Ein gewisses Verständnis für die unvermeidbaren Bedingungen sollte schon bei solchen Ereignissen von den Einwohnern vorhanden sein. Aus seinem Bereich seien kaum Beschwerden an ihn herangetragen worden.

Herr Dr. Stadler bittet noch mal um Beantwortung seiner Fragen. Des Weiteren merkt Herr Dr. Stadler an, dass andere Städte einen besseren Räumdienst (u.a. Einsatz von Landwirten) gehabt hätten.

Darauf fragt Herr Beushausen nach den jeweiligen Kommunen und deren Versicherungen. Dies wären beispielsweise Freden und Lamspringe, teilt Herr Dr. Stadler mit. Herr Beushausen möchte sich diesbezüglich bei dessen Bürgermeistern direkt informieren und anfragen.

Weiterhin erkundigt sich Herr Dr. Stadler nach einem LKW, der sich auf den Bahngleisen in Förste festgefahren hätte und wo die Feuerwehr zur Bergung im Einsatz war.

Mit dem Thema dieses LKWs beschäftige sich die Verwaltung, sagt Herr Beushausen. Ihm sei aber auch bekannt, dass dieser ohne Winterbereifung unterwegs war und so in dem Anstieg vor dem Bahnübergang liegen blieb.

Des Weiteren führt Herr Beushausen aus, dass es für die Bürger bei solchen Situationen möglichst gesichert und ungefährlich sein sollte. Die Stadt habe die Verpflichtung, Winterdienst zu leisten. Aber auch die Bürger haben eine Verpflichtung und Eigenverantwortung. Manche Dinge können natürlich weiter verbessert werden.

In Bezug auf die Registrierung von Beschwerden teilt Herr Beushausen mit, dass sehr viele Anrufe bei Herrn Zimmermann in dieser Zeit eingegangen seien. Dieser hatte jedoch gar nicht die Zeit, sämtliche Anrufe zu dokumentieren, sondern musste vorrangig den Winterdienst koordinieren.

Herr Stellmacher ergänzt an dem Beispiel des LKWs, dass diese Anfrage bereits schriftlich beantwortet wurde. Die Stadt sei u.a. nicht befugt, auf Bahnübergängen Schnee zu räumen und entsprechende Mittel zu streuen, dies obliege der Bahn.

Hierzu entgegnet Herr Dr. Stadler, dass es sich beim Beispiel des LKWs nur um die Anfahrstrecke des Bahnüberganges handele und er bittet daher, sich mit der Bahn nochmals in Verbindung zu setzen.

7. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Stellmacher teilt mit, dass es demnächst Veränderungen auf dem Grundstück „Hildesheimer Str. 72“ geben werde. Der dort befindliche Anbau werde saniert, die dortige Villa werde abgerissen. Die Baugenehmigung wurde vor kurzem erteilt. Versuche, den Abriss der Villa zu verhindern, seien gescheitert. Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege habe diesen Fall sorgfältig geprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Villa nicht denkmalwürdig sei.

8. Anfragen

Herr Dr. Stadler fragt nach dem aktuellen Stand der Friedhofsentwicklungsplanung sowie dem angedachten Arbeitskreis und der Vorstellung der Friedhofsgebührenkalkulation. Darauf entgegnet Herr Beushausen, dass er einem Arbeitskreis weiterhin offen gegenüberstehe. Außerdem rechne er mit den Ergebnissen der Gebührenbetrachtung für den Sommer 2021.

Des Weiteren erkundigt sich Herr Dr. Stadler nach dem Konzept zur biologischen Vielfalt sowie nach seiner Anfrage zu einer Übersicht der Energiekosten für die öffentlichen Gebäude bzw. Sporthallen. Diese Anfrage wurde bereits am 19.11.2018 im Ausschuss gestellt. Darauf teilt Herr Beushausen mit, dass hier die Verwaltung noch in der Bringschuld sei.

Herr Zimmermann berichtet, dass der geförderte Teil des Konzeptes zur biologischen Vielfalt abgeschlossen sei. Der Verwendungsnachweis sei derzeit in Prüfung. Ob die Maßnahmen erfolgreich seien, müsse weiter beobachtet werden. Ob die Pflanzen alle angegangen seien, werde das laufende Jahr zeigen.

Vorsitzender

Aufgenommen

Der Bürgermeister

